

Stadt Amberg

Marktplatz 11
92224 Amberg



AMBERG

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	OB.20/0030/2021
	Erstelldatum:	öffentlich 23.11.2021
	Aktenzeichen:	OB.20 Su/Pe
Bürgerbeteiligung; Vorgehen beim Bürgerspitalareal und bei der Smart City Amberg		
Zentrale Steuerung Verfasser: Schwab, Susanne		
Beratungsfolge	02.12.2021	Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss
	20.12.2021	Stadtrat

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Neuplanung Bürgerspitalareal und beim Prozess Smart City Amberg in die Bürgerbeteiligung einzusteigen.

1. Im Rahmen der Planung für das Bürgerspitalareal soll ein Bürgerrat eingerichtet werden, dessen insgesamt 40 Mitglieder mithilfe einer Zufallsauswahl über das Einwohneramt ermittelt werden, wobei die Zusammensetzung nach den Merkmalen Geschlecht, Altersgruppe, Bildungsstand, Migrationshintergrund und Familienstand erfolgt. Diesem wird ein elf Personen umfassendes Expertengremium an die Seite gestellt, dessen Mitglieder Gruppierungen mit lokaler Relevanz repräsentieren. Die Sitzungen und Treffen finden innerhalb eines vorher definierten Zeitraums statt und haben zum Ziel, Empfehlungen zu erarbeiten, die in die Verwaltungsarbeit einfließen werden. Die Bürgerinnen und Bürger setzen dabei Prioritäten im Bereich Nutzung, Bebauung und Umwelt. Die Experten übernehmen die Aufgabe, die Mitglieder des Bürgerrats zu informieren, Impulse zu setzen, zu beraten und mitzudiskutieren. Außerdem werden Vertreter der Stadtverwaltung als Berater hinzugezogen.
2. Für die Smart City Amberg stellt Bürgerbeteiligung einen maßgeblichen Bestandteil der Ausgestaltung dar. Dazu soll eine Gruppe von rund 80 Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Amberg in einem online und/oder offline stattfindenden Beteiligungsprozess Vorschläge für die Schwerpunkte der Smart City Amberg sowie innovative Projekte und Maßnahmen zur gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung erarbeiten.

Sachstandsbericht:

Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation gehören zu den zentralen Grundlagen der Demokratie. Aus diesem Grund stellt die Stadtverwaltung bereits seit einiger Zeit die Weichen dafür, in eine erweiterte Bürgerbeteiligungskultur einzutreten, die die vorgeschriebenen formellen Bürgerbeteiligungsprozesse etwa in Planungsverfahren sowie die bereits durchgeführten projektbezogenen Bürgerbefragungen sinnvoll ergänzt. Geplant ist, dass ein dafür auszuwählendes Gremium zunächst Leitlinien für eine systematisierte Bürgerbeteiligung erarbeitet und darauf aufbauend die zentralen Instrumente bestimmt, die dabei zum Einsatz kommen werden. Zudem ist es unabdingbar festzulegen, wie mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligungsprozesse und den dort generierten (personenbezogenen) Daten umgegangen werden soll.

Da aktuell für zwei Maßnahmen eine Bürgerbeteiligung durchzuführen ist, bietet es sich an, diese als Pilotprojekte bereits im Vorfeld dieses Prozesses zu starten, um aufbauend auf den daraus resultierenden Erkenntnissen die Grundlagen für das weitere Vorgehen festzulegen. Es ist daher von großer Bedeutung, dass die für die künftige Bürgerbeteiligungskultur vorgeschlagenen und denkbaren Ansätze bereits jetzt in die Überlegungen einbezogen und berücksichtigt werden. Schließlich geht es auch bei den aktuellen Maßnahmen darum, durch die Möglichkeit, sich selbst und seine Ideen einzubringen, bei den Bürgerinnen und Bürgern das Interesse am Gemeinwesen Stadt und an dessen Zukunft zu aktivieren, um auf diese Weise eine höhere Akzeptanz und somit eine breitere Zustimmung zu den Konzepten und Maßnahmen der Stadtentwicklung zu erhalten.

Das kann aber nur dann gelingen, wenn die Interessensvielfalt und der Beteiligungswunsch der Bürgerschaft anerkannt sowie deren Erfahrungshorizont und Wissen wertgeschätzt werden. Dafür wiederum sind die Einbeziehung aller sozialen und kulturellen Gruppen sowie eine frühzeitige und umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger über die Planungen und Projekte unbedingte Voraussetzung.

Ebenso von Bedeutung ist es, das Verfahren nach verlässlichen und verbindlichen Regeln abzuwickeln – unter anderem auch, um einen wirtschaftlichen Umgang mit den knappen finanziellen Ressourcen der Stadt Amberg gewährleisten zu können. Zudem besteht bei Beteiligungsprozessen in der Regel ein Problem in der mangelnden Repräsentativität der Ergebnisse, die daraus resultiert, dass sich ein eher eingeschränkter Kreis von Bürgerinnen und Bürgern engagiert, während vor allem bildungsferne Haushalte, Migrantinnen und Migranten, ältere Menschen, Jugendliche und Menschen ohne fachliche Vorbildung unterdurchschnittlich vertreten sind. Um diese Gruppen einzubeziehen und die genannten Ziele zu erreichen, stehen bei einer Bürgerbeteiligung verschiedenste Maßnahmen zur Verfügung, die von der leicht handhabbaren und niederschweligen E-Partizipations-Plattform bis hin zur Möglichkeit eines Referendums reichen.

Für die aktuellen Maßnahmen – die Neu- bzw. Umplanung des Bürgerspitalareals nach dem Bürgerentscheid sowie die Bürgerbeteiligung zur Smart City Amberg – werden daher beispielhaft aus diesem Angebotskatalog zwei Varianten ausgewählt, um zu einem zielführenden Ergebnis bzw. einer mehrheitsfähigen Grundlage für das weitere Vorgehen zu gelangen.

Bürgerspitalareal

Im Falle der Planung für das Bürgerspitalareal wird vorgeschlagen, zur Partizipation einen Bürgerrat einzuberufen, da dieser infolge der zugrundeliegenden Zufallsauswahl eine vielfältige Zusammensetzung garantiert. Hierbei werden Personen zufällig über das Einwohneramt ausgewählt, wobei darauf zu achten ist, dass sie die soziodemografischen Merkmale einer Stadtgesellschaft bestmöglich repräsentieren. Aus diesem Grund werden bei der Auswahl das Geschlecht, die Altersgruppe, der Bildungsstand, ein möglicher Migrationshintergrund und der Familienstand als relevante Aspekte herangezogen. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und Lösungen zu entwickeln, die die unterschiedlichen Erfahrungswerte und Lebensumstände der einzelnen Bevölkerungsgruppen widerspiegeln.

Um der gesellschaftlichen und politischen Struktur der Stadt Amberg Rechnung zu tragen, wird bei der Auswahl der Prozessbeteiligten darüber hinaus empfohlen, eine kombinierte Vorgehensweise zu wählen, indem eine zweite für die Beteiligung relevante Personengruppe hinzugezogen wird. Diese setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von fachspezifischen Vereinen, Verbänden, Initiativen u.ä. mit lokaler Relevanz zusammen, die die Interessen ihrer Organisation vertreten, damit als Beirätinnen und Beiräte Expertenfunktion übernehmen und folglich nicht zu den Mitgliedern des Bürgerrates gehören. Diese kombinierte Vorgehensweise hat zum Ziel, im Beteiligungsprozess Neutralität sicherzustellen, was nur dann gelingen kann, wenn keine Partikularinteressen und persönlichen Verpflichtungen das Ergebnis der Bürgerratsberatungen verfälschen.

In beiden Fällen werden nach entsprechender Auswahl die Personen angeschrieben und persönlich zur Teilnahme eingeladen sowie um eine verbindliche Zusage gebeten. Je nach Rückmeldung werden im Anschluss daran der Bürgerrat sowie das Expertengremium zusammengestellt und einige Vertreterinnen und Vertreter als Ersatz nominiert. Vor dem ersten Treffen ist eine Konzeption für die Bürgerratsarbeit zu erstellen, in der unter anderem ein verbindlicher Terminplan enthalten sein muss. Außerdem muss geklärt sein, wie die Expertinnen und Experten den Bürgerrat mit ihrem Wissen unterstützen und wie die Ergebnisse aus dem Bürgerrat als Empfehlungen in die Verwaltungsarbeit einfließen sollen. Dieser Prozess ist umfassend zu dokumentieren sowie durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten. Außerdem wird ein/e externe/er Moderator/in bzw. ein externes Moderationsteam hinzugezogen, um sämtliche Sitzungen und Treffen vorzubereiten und zu moderieren.

Der Bürgerrat umfasst insgesamt 40 Mitglieder und hat die Aufgabe, Prioritäten im Bereich Nutzung, Bebauung und Umwelt zu setzen. Das Expertenteam, zuständig für Information, Impulse, Beratung und auch zum Mitdiskutieren, setzt sich aus den Vertretern folgender Gruppierungen zusammen: die IG Menschengerechte Stadt als Initiator, drei Vertreter aus dem Bereich Städtebau und Denkmalschutz (Architektenkammer, Landesamt für Denkmalpflege, Professorenvertreter Städtebau), vier Vertreter aus dem Bereich Stadtmarketing/Stadtentwicklung/Wirtschaftsförderung (Stadtmarketingverein, PWG, Wirtschaftsförderung, CIMA) sowie je einem Vertreter des Umweltbereichs (BUND, Landesbund für Vogelschutz), der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie des Bündnisses für Inklusion. Außerdem werden Vertreter der Stadtverwaltung als Berater hinzugezogen.

Smart City

Für den Prozess Smart City Amberg ist geplant, über die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern einen Input der Zivilgesellschaft zu bekommen, mit welchen Themen und Schwerpunkten die Smart City gestaltet werden soll. Dieser Input wird in die Vision und Smart-City-Strategie einfließen, die in 2022 in einem partizipativen Prozess mit der Stadtverwaltung und den Akteuren des städtischen Ökosystems erarbeitet werden soll. Aus der Bürgerbeteiligung sollen außerdem Ideen für Leuchtturmprojekte generiert werden.

Insgesamt sollen für die Bürgerbeteiligung rund 80 interessierte Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden, die die Demografie der Stadtgesellschaft repräsentieren. Sie werden entweder per Zufallsauswahl aus dem Einwohnermelderegister generiert oder durch intensive Werbung und Öffentlichkeitsarbeit oder auf Einladung der zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort dafür gewonnen. Für die Arbeit mit dieser Teilnehmerschaft sind unterschiedliche Formate der Beteiligung möglich, die online, als Vor-Ort-Veranstaltungen oder aber hybrid als Mischung aus digitalen und nicht-digitalen Formaten stattfinden können. Ziel ist es, die Smart City Amberg auf diese Weise partizipativ zu entwickeln. Dabei stehen Mitgestaltung und Co-Kreation im Vordergrund. Durch diese Vorgehensweise werden innovative Projekte und Maßnahmen erwartet. Dabei werden Formate wie online-Konferenzen, Umfragen oder Hackathons zu bestimmten Themen durchgeführt. Bei einem Hackathon (engl. „Hacking“ und „Marathon“) handelt es sich um eine online-Veranstaltung, bei der die Teilnehmenden in einem bestimmten Zeitraum konkrete Herausforderungen in einem freundlichen und fairen Wettstreit zu lösen versuchen. Zusätzlich ist ein Online-Ideenspeicher für die Amberger Bürgerinnen und Bürger angedacht. Der Beteiligungsprozess soll wissenschaftlich begleitet werden, um eine Evaluation der eingesetzten Mittel zu erlauben.

Personelle Auswirkungen:

Der Personalbedarf ist über die normale Verwaltungsarbeit zu decken.

Finanzielle Auswirkungen:

- a) Es sind finanzielle Auswirkungen zu erwarten, die an dieser Stelle jedoch noch nicht beziffert werden können.
- b) Für Bürgerbeteiligung werden im Falle des Bürgerspitalareals nach Kostenermittlung entsprechende Haushaltsmittel auf den geeigneten Haushaltsstellen eingestellt. Im Bereich Smart City ist eine Finanzierung anteilig über das Budget der Stelle vorgesehen.

Alternativen:

Keine

Anlagen:

Konzept Bürgerbeteiligung

Michael Cerny, Oberbürgermeister